Bildungsplanung und Evaluation

BiEv 1/08

Expertise Bildungsgutscheine und Freie Schulwahl

Zusammenfassung

Jürgen Oelkers

November 2007

Bildungsplanung und Evaluation
Erziehungsdirektion des Kantons Bern

Jürgen Oelkers

Expertise
Bildungsgutscheine und Freie Schulwahl

(Zusammenfassung)

Bericht zuhanden der Erziehungsdirektion des Kantons Bern

November 2007

Vorwort

Prof. Dr. Jürgen Oelkers hat 1998 im Auftrag der Erziehungsdirektion des Kantons Bern eine Studie erarbeitet mit dem Titel "Finanzierung des Bildungswesens durch Bildungsgutscheine. Modelle und Erfahrungen." Um die Ergebnisse der Studie zu aktualisieren, wurde Prof. Oelkers beauftragt, eine neue, ergänzte Expertise zu verfassen. Die Expertise "Bildungsgutscheine und Freie Schulwahl" liegt nun vor und soll als Grundlage für Diskussionen zu dieser Thematik dienen.

Der vorliegende Text von Prof. J. Oelkers fasst die Ergebnisse der Expertise zusammen; die vollständige Expertise kann auf der Internetseite der Erziehungsdirektion des Kantons Bern heruntergeladen werden (www.erz.be.ch/site/biev-publikationen)

Bern, 31. Januar 2008

Dr. Beda Furrer
Vorsteher Abteilung Bildungsplanung und Evaluation
Erziehungsdirektion des Kantons Bern

Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern gab vor zehn Jahren eine Expertise in Auftrag, die das Ziel hatte, den Stand der Diskussion und Forschung über eine Bildungsfinanzierung mit Vouchers oder „Bildungsgutscheinen“ darzustellen (Mangold/Oelkers/Rhyn 1998).

Der Befund der damaligen Studie lässt sich in drei Punkten zusammenfassen:

- Im Bereich der öffentlichen Schule würden mit der flächendeckenden Einführung von Bildungsgutscheinen die Kosten erheblich steigen.
- Die empirischen Studien zeigen eher bedenkliche Ergebnisse, vor allem im Blick auf die soziale Segregation und die schlechte Kommunikation des neuen Systems.
- Die mit den Bildungsgutscheinen gegebenen Möglichkeiten werden nicht ausgenutzt, vorwiegend kommen Bildungsgutscheine als traditionelle Stipendien zum Einsatz.

Der Auftrag der vorliegenden Expertise bezieht sich auf die weitere Entwicklung des Systems der Finanzierung durch Bildungsgutscheine, verbunden mit der Frage, welche Erfahrungen mit freier Schulwahl vorliegen. Beides ist nicht notwendig gekoppelt. Es gibt Bildungssysteme, die eine freie Schulwahl vorsehen, ohne die Finanzierung zu verändern. In anderen Systemen sind Bildungsgutscheine zusammen mit der freien Schulwahl eingeführt worden. Insgesamt hat sich die Politik der Bildungsgutscheine in den vergangenen zehn Jahren ausgedehnt, wenngleich kaum flächendeckende Lösungen eingeführt wurden. Freie Schulwahl ist in bestimmten Ländern möglich, wobei jeweils verschiedene Systeme zur Anwendung kommen.

Der Auftrag lässt sich unter diesen Voraussetzungen mit folgenden Leitfragen präzisieren:

- In welchen Ländern oder Regionen gibt es Systeme der Bildungsfinanzierung durch Vouchers und wie bewähren sie sich?
- Welche Effekte hat die freie Schulwahl im Blick auf die soziale Segregation und das Leistungsverhalten der Schülerinnen und Schüler?
- Was ist der Stand der empirischen Forschung im Bereich Bildungsgutscheine und freie Schulwahl?

Diese Fragen beziehen sich auf ausländische Systeme und so auf einen internationalen Vergleich. In den deutschsprachigen Ländern gibt es keine Erfahrungen mit dem Einsatz von Bildungsgutscheinen im Bereich der öffentlichen Schulen und auch kaum Erfahrungen mit freier Schulwahl. In Deutschland sind gerade Vorschläge gescheitert, die Erziehung in den Kindertagesstätten bundesweit mit Gutscheinen zu finanzieren. Es gibt allerdings Gutscheine für bestimmte Leistungen in Bundesländern wie Hamburg. In der Schweiz gibt es Ansätze zur freien Schulwahl im Bereich der nachobligatorischen Ausbildung, nicht jedoch im Blick auf die obligatorische Schulzeit. Das gilt auch für die Finanzierung: Schülerpauschalen sind bislang nur für die Mittelschulen eingeführt. Eine Koppelung von Bildungsgutscheinen und Schulwahl gibt es nicht.

Damit stellt sich das Problem, wieweit sich Erfahrungen aus dem Ausland, sofern sie positiv sind, auf die Schweiz übertragen lassen. Bildungssysteme haben differente Finanzierungsmodi, basieren auf verschiedenen Rechtsordnungen und verfolgen stark voneinander abweichende politische Aufträge. Zudem sind Entwicklungen in Richtung Bildungsgutscheine und freie Schulwahl aus Gründen entstanden, denen unterschiedliche historische Ausgangslagen zugrunde lagen. In der Folge sind beide Themen in politischer Hinsicht oft gegensätzlich besetzt. Es gibt dann zwei verschiedene Lager, die sich nachhaltig bekämpfen, ohne einen Kompromiss zu finden. Das macht die Übertragbarkeit der Erfahrungen zu einer besonderen Schwierigkeit, auf die am Ende dieser Expertise eingegangen wird.

Die Datenerhebung ist Ende Juli 2007 abgeschlossen worden. Die stark expandierende Forschungsliteratur ist soweit möglich und im Blick auf die Fragestellungen der Expertise sachdienlich erfasst worden. Irgendeine Form von Vollständigkeit ist nicht erreichbar. Im Blick auf die Steuerung durch Bildungsgutscheine liegen Fallbeispiele vor, die einen ganz unterschiedlichen Forschungsstand zeigen. Die Studien häufen sich, wenn die politischen Vorstösse besonders spektakulär sind. Um die einzelnen Versuche beurteilen zu können, sind auch die Rahmenbedingungen zu beachten, die gesondert rekonstruiert werden müssen. Die lokal gegebenen Verhältnisse unterscheiden sich ebenso wie die Interessen und Zielsetzungen, die angeben, was mit den Massnahmen erreicht werden soll und was nicht.

Beide Themen, das der freien Schulwahl und das der Bildungsgutscheine, stehen im Mittelpunkt von zum Teil scharfen Kontroversen, und dies nicht nur politisch, sondern auch wissenschaftlich. Der Streit geht soweit, dass in empirischen Studien die Wortwahl der Fragebögen bestritten wird. In der politischen Auseinandersetzung ist es üblich, das Prinzip der Gegenseite von vornherein als illegitim hinzustellen. Vor allem in den Vereinigten Staaten wird Forschung instrumentalisiert, weil ihre Aussagen zum Schlüssel für die Glaubwürdigkeit einer politischen Forderung geworden sind. Das macht die Einschätzung insbesondere der amerikanischen Studien, Diskussionen und Entwicklungen nicht leicht. Die Befunde sind nicht eindeutig, und jede Seite kann für sich empirische Evidenz behaupten, wobei oft unterschiedliche Interpretationen ein- und derselben Statistik zu Rate gezogen werden.

Für Europa gilt das so nicht, aber das kann auch mit der geringeren Zahl der Studien zusammenhängen. Die amerikanischen Daten und Befunde müssen vor dem Hintergrund der beiden politischen Lager, aber auch der Geschichte des Bildungswesens einschliesslich der Bildungsfinanzierung verstanden werden. Die Verhältnisse etwa in Skandinavien sind ganz anders, so dass nur begrenzt ein Vergleich möglich ist. Dennoch habe ich mich bemüht, möglichst konkrete Beispiele aus den Vereinigten Staaten darzustellen, die zeigen, dass sich bestimmte Aspekte wie die Kosten, die Einstellungen der Eltern oder die konkrete Schulentwicklung mindestens zur Veranschaulichung des Problems verwenden lassen.

Die vorliegende Studie analysiert die vorliegende Literatur und rekonstruiert aufschlussreiche Fallbeispiele. Sie erhebt keine Primärdaten, das läge ausserhalb des Auftrages. Die Beispiele konzentrieren sich auf die Vereinigten Staaten sowie in Europa auf England und auf Skandinavien. Das hat zwei Gründe: Zum einen ist die internationale Diskussion weitgehend von amerikanischen Studien und Entwicklungen her bestimmt, zum anderen gelten die Ansätze aus Skandinavien am ehesten als auf Schweizer Verhältnisse übertragbar. Es ist wenig bekannt, dass es in Skandinavien nicht nur Gesamtschulen gibt, sondern auch Verfahren der freien Schulwahl und der Finanzierung mit Bildungsgutscheinen. In England ist freie Schulwahl zu einem dezidierten Politikziel geworden. Aufschlussreich für die Einschätzung des Problems sind aber auch Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten und Übersee.

Der internationale Vergleich ergibt ein sehr durchmischtes Bild. Verglichen mit der Situation vor zehn Jahren hat die freie Schulwahl enorm zugenommen, allerdings unter sehr verschiedenen Voraussetzungen und unter Verwendung ganz unterschiedlicher Formen. Die Zahl der echten Voucher-Experimente hat gegenüber den Anfängen in Milwaukee und Cleveland ebenfalls zugenommen, aber die Zahl ist auch in den Vereinigten Staaten immer noch vergleichsweise gering. Die weitaus grösste Zahl der amerikanischen Familien erhalten keine Gutscheine, und die traditionelle Bildungsfinanzierung ist auch nicht umgestellt worden. In der amerikanischen Bildungsökonomie wird im Anschluss an Caroline Hoxby (2003) immer noch stark auf das Potential der Bildungsgutscheine verwiesen (so auch Neal 2002), kritische Töne sind aber auch unüberhörbar (Ladd 2002).

Die empirischen Befunde geben für die Vereinigten Staaten kein klares Bild, wenngleich sich bestimmte Hypothesen in den drei Städten Milwaukee, Cleveland und Washington bislang nicht erhärtet haben. Auffällig ist auch, dass frühere Befunde sich in späteren Untersuchungen nicht oder nur sehr zum Teil bestätigt haben. Das mag auch damit zusammenhängen, dass die verschiedenen Evaluationen keinen gemeinsamen Rahmen (Levin 2001/2002) verwendet haben. Wo Leistungssteigerungen in Voucher-Programmen nachweisbar schienen, etwa zu Beginn in Florida oder Washington, DC, haben die Ergebnisse den Nachuntersuchungen nicht standgehalten. Zur Erklärung müssen in jedem Fall auch andere Faktoren herangezogen werden. Eine Studie aus Florida schliesst sogar aus, dass das Voucher-Programm als Faktor in Frage kommt.

Die Schlussfolgerung in einem Literaturbericht, dass in der Forschung zunehmend evident werde, der Einsatz von Bildungsgutscheinen verbessere die akademischen Leistungen, „especially among African American students," ist kausal fragwürdig und im Effekt umstritten (Robinson 2006, S. 7). Der andere Effekt, wonach Gutscheine die Zufriedenheit der Eltern und ihr Engagement positiv beinflussen, ist erhärtet, aber kann angesichts der Orte, wo Vouchers überhaupt nur eingesetzt werden, nicht überraschen (ebd.). Und Transferannahmen, dass dadurch auch die Leistungen der Schüler in den öffentlichen Schulen besser werden, lassen sich nicht belegen (ebd.). Wenn es positive Effekte im Leistungsbereich gibt, die wirklich auf Vouchers zurückgeführt werden können, dann sind sie klein und unbedeutend (Carnoy 2001). Zudem: „Results varied according to which researchers did the studies" (ebd., S. 32).

Selbst wenn die These zutreffen würde, dass sich die Bevölkerung durch die öffentliche Bildung dominieren lässt, offensichtlich wäre der Schluss, „voters are comfortable with public-school domination" (Ranganzas 1997, S. 249). Die Schulwahl als Prinzip findet öffentliche Zustimmung, allerdings ist die Unkenntnis gross, welche Praxis sich mit dem Prinzip ver-bindet. Die Wahl von öffentlichen Charter-Schools hat sich bewährt, ist aber eine sehr amerikanische Lösungsstrategie, die sich nicht übertragen lässt. Bildungsgutscheine sind damit nicht verbunden. Sie werden fast ausschliesslich zur Förderung von Bedürftigen eingesetzt, was auch in Südamerika, Asien und Afrika der Fall ist. Die Resultate sind auch hier gemischt. Eine Studie der Weltbank warnt vor den Risiken in Industrieländern und sieht in Entwicklungsländern den Nutzen von Bildungsgutscheinen „in small doses" (Gauri/Vawda 2003, S. 19).

Ausnahmen im Blick auf die Funktion der Förderung überwiegend oder ausschliesslich von Armen sind Chile und Neuseeland. In Chile ist flächendeckend ein Voucher-Programm eingeführt worden. Aber die Ergebnisse blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Das gilt besonders für die Idee, mit der Stärkung der Macht der Eltern werde mehr Wettbewerb

frei gesetzt und so eine höhere Effizienz im Einsatz der Ressourcen erzielt. In Chile hat eine Privatisierung stattgefunden, aber keine Verbesserung der Schülerleistungen, die irgendwie auf den Wettbewerb zwischen den Schulen zurückgeführt werden könnte. Für Neuseeland gilt, dass wohl die Schulwahl frei gesetzt wurde, aber damit nicht zugleich auch Wettbewerb. In beiden Fällen sind keine Schulen aufgrund zurückgehender Nachfrage geschlossen worden, und ob sich die Nachfrage aufgrund der Qualität der Schulen entwickelt, ist ungeklärt.

Das trifft für ein weiteres Experiment in Südamerika, nämlich für Kolumbien, so nicht zu. Hier werden im Programm PACES, das die Hälfte der Kosten für Privatschulen übernimmt, Bildungsgutscheine mit einem Lotterieverfahren verteilt. Eine amerikanische Studie des National Bureau of Economic Research in Washington, DC sieht substantielle Gewinne für die Gruppe derer, die einen Gutschein erhalten haben, verglichen mit der Gruppe derer, die keinen Gutschein erhalten hat. Die Gewinne lagen sowohl im Leistungsbereich als auch im Hochschulzugang (Angrist/Bettinger/Kremer 2004). Auch dieses Ergebnis überrascht nicht: Nur etwa die Hälfte der kolumbianischen Jugendlichen besucht überhaupt Sekundarschulen und die Privatschulen stehen fast ausschliesslich unter katholischer Leitung.

Auffällig ist, dass in Zentraleuropa abgesehen von Versuchen in Tschechien und Ungarn (Filer/Munich 2003) kaum neue Ansätze vorliegen. Weder ist das Thema in der öffentlichen Diskussion noch liegen politische Programme vor, sieht man einmal von der Elternlobby sowie einigen anderen Vorstössen in der Schweiz ab. Das ist insofern leicht erklärbar, als die weitaus meisten Versuche nicht übertragbar sind, weil sie ganz andere Probleme lösen sollen. In Italien kennen einige Regionen eine staatliche Unterstützung für die Wahl von Privatschulen, in den Niederlanden gibt es eine staatliche Finanzierung aller Privatschulen, die gewährt wird, wenn eine bestimmte Zahl von Eltern eine Schule gründet. In Deutschland sind die Auflagen strenger, Privatschulen werden erst nach staatlicher Anerkennung finanziert, aber dann fast vollständig. Voucher-Systeme sind das alles aber nicht.

Im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen wird es 2008 erlaubt sein, die Grundschule frei zu wählen. Die Schulbezirke werden aufgelöst. Die vierjährige Grundschule müssen alle Kinder besuchen, in den bisherigen Bezirken wurden die Schüler nicht durchgehend nach dem Prinzip der nächstgelegenen Schule zugewiesen, ein solches Recht besteht jetzt mit dem neuen Schulgesetz. Allerdings ist die Regel ähnlich wie in Helsinki. Die Schüler, die in der Nähe der jeweiligen Schule wohnen, haben bei der Anmeldung Vorrang. Nur wenn es freie Plätze gibt, werden auch Schülerinnen und Schüer aufgenommen, die nicht in der Nähe der Schule wohnen. Freie Wahl besteht zukünftig auch im Berufsschulbereich. Qualitätskriterien wie Kennziffern und Leistungsdaten sind nicht vorgesehen, es ist unklar, wonach die Wahl erfolgen soll.

Die OECD sieht erhebliche Risiken in der Freisetzung der Schulwahl. In dem gerade veröffentlichten Equity-Bericht (Field/Kuczera/Pont 2007) wird darauf vewiesen, dass Eltern mit höherer Schulbildung besser informierte Wahlen (shrewed choices) treffen und so ihren Kindern Vorteile verschaffen (ebd., S. 6). Wenn ein System der Schulwahlen besteht, muss darauf geachtet werden, dass sich dadurch nicht die soziale Zusammensetzung der Schule verändert. „Given chool choice, oversubscribed schools need ways to ensure an even social mix in schools – for example, selection methods such as lottery arrangements. Financial premiums to schools attracting disadvantaged pupils may also help" (ebd., S. 7).

In den Vereinigten Staaten haben die Freisetzung der Schulwahl und die Einführung von Bildungsgutscheinen drei herausragende Zwecke, die in der Schweiz nicht gegeben sind:

- Unterstützung von einkommensschwachen Familien in den stark segregierten Innenstädten,
- Förderung von Privatschulen und hier besonders von religiösen Privatschulen,
- sowie die Zurückdrängung des Einflusses der School Boards und der Lehrergewerkschaften.

Es handelt sich deutlich um ein republikanisches Projekt, das seit Jahrzehnten verfolgt wird und an Boden gewonnen hat. Der Preis sind zwei gegensätzliche Lager, die nicht aufhören, sich zu bekämpfen. Das betrifft die Voucher-Idee allerdings weit mehr als die Schulwahl, die auch auf Zustimmung von Demokraten stösst. Die Charter-Schools gelten in der Forschung als Erfolg.

Die Forschung hat bislang jedoch nicht zeigen können, dass Faktoren wie Schulwahlen und Bildungsgutscheine ursächlich sind für Leistungssteigerungen. Wieweit private Schulen den öffentlichen überlegen sind, ist heftig umstritten, seriöse Studien zeigen aber, dass der Privatschulsektor alles andere als einheitlich ist und sicher nicht von einer pauschalen Überlegenheit ausgegangen werden kann. Die Leistungen verbessern sich in den Vereinigten Staaten im Primarschulbereich, nicht jedoch am Ende der High School. Der ökonomische Vorteil von Vouchers ist noch eine sehr theoretische Modellannahme (Luego-Prado/Volij 2003).

Was würde eine freie Schulwahl in der Schweiz bedeuten, vorausgesetzt, das Konzept ist politisch durchsetzbar? Eine Wahl macht nur Sinn, wenn und insoweit das Objekt der Wahl für alle, die in Frage kommen, transparent, vergleichbar und erreichbar ist. Eine erste Frage ist, wer zu wählen berechtigt ist. Lediglich „die Eltern“ zu sagen, genügt nicht. Eine zweite Frage ist, was mit der Wahl verbunden ist, einfach nur eine Gelegenheit, zwischen Schulen eine auszuwählen oder auch ökonomische Incentives und so Gutscheine. Drittens muss sich fragen, ob die Wahl frei erfolgen soll oder begrenzt ist. Begrenzungen können sich auf die Zahl der Schulen beziehen, zwischen denen gewählt werden kann, aber auch auf den Radius der Wahl. Eine unbegrenzte Wahl würde sich auf alle Schulen im ganzen Land beziehen.

Ein solches System gibt es de facto nirgendwo. Wahlen zwischen verschiedenen Schulen haben immer Beschränkungen im Radius, bezogen auf den Typus von Schulen und den Reglementen der Wahl. Transporte zu den Schulen lassen sich nicht über einen bestimmten Zeitrahmen hinaus zumuten, zumal nicht bei kleineren Kindern. Wahlen lassen sich auch nur im Blick auf ein- und denselben Schultyp treffen, was für gegliederte Systeme ein besonderes Problem darstellt. Und die Wahlen haben staatliche Rahmenbedingungen, die nicht unterlaufen werden können, sondern erfüllt werden müssen. Ideen wie mehr Wettbewerb durch mehr Wahlen müssen sich auf diese Realitäten beziehen lassen.

Die Schweiz kennt keine Gesamtschulen wie in Skandinavien. Die Einschulung in die Volksschulen erfolgt in den meisten Gesetzen nach festen Schulkreisen. Die Schulen verfügen heute nur begrenzt über statistische Kennziffern und können auch noch nicht mit Hilfe von Leistungsdaten beschrieben werden, wie das etwa in England der Fall ist. Es gibt weder Rankings noch Report Cards. Eine Schulwahl, die nach Qualitätsgesichtspunkten erfolgen soll, würde eine transparente Darstellung und Kommunikation der jeweiligen Qualität einer Schule voraussetzen. Die Effekte lassen sich nicht abstrakt bestimmen, sondern würden einen Versuch voraussetzen. Erfahrungen aus Ländern, die mit der Schweiz vergleichbar sind, verweisen eher auf Risiken als auf Chancen, wenngleich eine direkte Übertragung nicht möglich ist.

Inzwischen ist deutlich geworden, dass die optimistische Annahme, mehr Wettbewerb steigere die Qualität der öffentlichen Schulen und damit die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in dieser Pauschaultät nicht zutrifft. Eine viel zitierte Studie aus Schweden, wonach Wettbewerb den Schulen nicht schaden werde (Sandström/Bergström 2005), ist durch Nachuntersuchungen relativiert worden. Zwar scheint es in Schweden im obligatorischen Bereich tatsächlich bessere Leistungen zu geben, aber auch grössere Segregation und Probleme auf der Sekundarstufe II. Die freie Schulwahl hat Effekte, jedoch nicht nur positive, wie die Befürworter behaupten.

Ein Gutachten des unabhängigen Australia Institute von Juli 2006 über die Auswirkungen einer flächendeckenden Einführung von Bildungsgutscheinen kommt zu folgendem Schluss:

„The problem with universal voucher schemes is that while increased choice provides private benefits for some, there is a significant risk that these benefits would be outweighed by the associated costs. The main risks are that vouchers would lower the average level of educational achievement, decrease equality of opportunity and reduce social cohesion. Voucher schemes are also likely to be expensive and lead to a widening of the resource gap between both government and non-govermnent schools, and between wealthy and poor private schools"(Macintosh/Wilkinson 2006, S. 65).

Begründet wird dieses Urteil mit folgenden Argumenten: Die Diskussion über Bildungsgutscheine ist extrem polarisiert, beide Seiten bestreiten die Annahmen der jeweils anderen und übertreiben die Evidenzen, die für die eigene Position sprechen. Die Befürworter von Voucher-Programmen verwenden in aller Regel drei Standardargumente:

1. Voucher-induced competition would raise teaching standards and improve academic outcomes at both public and private schools.
2. Vouchers would generate a more cost-effective school sector.
3. Vouchers would provide parents with a greater choice.

Übereinstimmende empirische Evidenz, so die Studie, findet sich allein für die dritte Annahme. Aber im Blick darauf ist zu sagen, dass von der Wahlfreiheit vor allem die mittleren und hohen Einkommen profitieren. Die durchschnittlichen akademischen Leistungen werden weder besser noch schlechter, dafür steigt das Niveau der Ungleichheit (ebd.).

Bei einer flächendeckenden Einführung von Vouchers würden sich die staatlichen Ausgaben substantiell erhöhen, ohne die Effizienz zu verbessern (ebd.). Die Studie schätzt, dass bei einem Wert des Bildungsgutscheins von AUD$3.000 pro Jahr und Kind die Bundesausgaben für Bildung im Finanzjahr um 2002/2003 um AUD$4 Milliarden gestiegen wären. Das wären mehr als 10% des Gesamtbudgets. Bei einem Voucher von AUD$5.000, der in Australien politisch diskutiert wird, wären dies AUD$10.6 Milliarden. Gefördert würden damit Privatschulen zulasten der öffentlichen (ebd., S. 21f.). Das deckt sich mit früheren Kostenschätzungen und wird auch empirisch bestätigt.

Die positiven Seiten der Schulwahl müssen aufgewogen werden mit den finanziellen Kosten und den Risiken, die sich mit Bildungsgutscheinen verbinden. Universelle Gutscheine würden de facto eine Finanzierung von attraktiven und reichen Privatschulen bedeuten. Die Schulqualität würde noch ungleicher, als sie ohnehin schon ist. Öffentliche Schulen würden Gefahr laufen, nur noch ein „safety-net" für diejenigen zu sein, die es sich nicht leisten können,

ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken. „There is nothing inherently wrong with policies that promote greater parental choice, but choice should not be pursued at the expense of all other education objectives" (ebd., S. 66).

Literatur

Angrist, J./Bettinger, E./Kremer, M.: Long-Term Consequences of Secundary School Vouchers: Evidence from Adminstrative Records in Colombia. August 2004. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research 2004. (= Working Paper 10713)

Carnoy, M.: School Vouchers: Examining the Evidence. Washington, DC: Economic Policy Institute 2001.

Field, S./Kuczera, M./Pont, B.: No More Failures. Ten Steps to Equity in Education. Paris: OECD 2007.

Filer, R.K./Munich, D.: Public Support for Private Schools in Post-Communist Central Europe: Czech and Hungarian Experiences. In: D.N. Plank/G. Sykes (Eds.): Choosing Choice. School Choice in International Perspective. New York/London: Teachers College Press 2003, S. 196-222.

Gauri,V./Vawda, A.: Vouchers for Basic Education in Developing Countries: A Principal Agent Perspective. March 2003. Washington, DC: World Bank 2003. (= World Bank Policy Research Working Paper 3005).

Hoxby, C.: The Economics of School Choice. Chicago: University of Chicago Press/NBER Press 2003.

Ladd, H.F.: School Vouchers: A Critical View. In: Journal of Economic Perspectives Vol. 16 (2002), S. 3-24.

Levin, H.M.: A Comprehensive Framework for Evaluating Educational Vouchers. In: J. Oelkers (Ed.): Futures of Education. New York: Peter Lang 2001, S. 181-202. Wieder in: Educational Evaluation and Policy Analysis Vol. 24 (2002), S. 159-174.

Luego-Prado, A.J./Volij, O.: Public Education, Communities and Vouchers. In: The Quarterly Review of Economics and Finance Vol. 43, No. 1 (2003), S. 51-73.

Macinstogsh, A./Wilkinson, D.: School Vouchers. An Evaluation of their Impact on Education Outcomes. July 2006. Canberra: The Australia Institute 2006.

Mangold, M./Oelkers, J./Rhyn, H.: Die Finanzierung des Bildungswesens durch Bildungsgutscheine. Modelle und Erfahrungen. Bern: Erziehungsdirektion des Kantons Bern 1998.

Neal, D.: How Vouchers Could Change the Market for Education. In: Journal of Economic Perspectives Vol. 16 (2002), S. 25-44.

Ranganzas, P.: Competition and Private School Vouchers Vol. 5, No. 3 (December 1997), S. 245-265.

Robinson, G.: Survey of School Choice Reseach Spring 2005. Milwaukee: Marquette University, Institute for the Transformation of Learning 2006.

Sandstrom, F.M./Bergstrom, F.: School Vouchers in Practice: Competition Will Not Hurt You. In: Journal of Public Economics Vol. 89, Nos. 2-3 (2005), S. 351-380.